

POLITISCHE ABTEILUNG I  
p.B.15.11.Balt.-PR/HSK/BAC  
p.B.73.R0(2).

Bern, 5. März 1991

**Missionsbericht über die vom 17. - 24.2.1991 durchgeführte  
Delegationsreise in die baltischen Republiken**

Delegationsmitglieder: - O. Hutter (DEH, Abt. für humanitäre  
Hilfe und SKH)  
  
- P. Pardo (PD, Pol. Abt. I)

Der vorliegende Bericht stellt eine Zusammenfassung der vom  
Unterzeichneten gewonnenen Eindrücke dar und legt das Schwer-  
gewicht auf politische Aspekte. Grundlage dazu bildeten die an  
Ort geführten Gespräche politischen Inhalts.

**1. Zweck der Mission**

Der primäre Zweck der Mission galt der Abklärung humanitärer  
Bedürfnisse in den drei Republiken im Hinblick auf die ev.  
Durchführung schweizerischer Aktionen auf diesem Gebiet. Dabei  
galt es auch, in den jeweiligen Aussenministerien die schwei-  
zerische Position zur baltischen Frage darzulegen und schwei-  
zerische Bereitschaft zur verstärkten Zusammenarbeit mit den  
einzelnen Republiken anzutönen. Bei dieser Gelegenheit sollten  
auch Informationen über Absichten und Vorgehensweise der Repu-  
bliken sowie anderer Staaten eingeholt werden.

Die Mission erfolgte als Reaktion auf die im Nachgang zur  
sowjetischen Militärintervention (Vilnius 13.02.91; Riga  
20.02.91) lancierten Apelle der betroffenen Republiken um  
Gewährung humanitärer Hilfe.



### 3. Zur schweizerischen Position

Allen wichtigen Gesprächspartnern gegenüber hat der Unterzeichnete die schweizerische Baltikum-Position dargelegt (Verurteilung durch den Bundesrat der sowjetischen Militärinterventionen in Vilnius und Riga, Lösung der baltischen Frage ausschliesslich im Rahmen von Dialog und Verhandlungen, Verzicht auf Gewalt und ähnlichen Druckmitteln, de jure Nicht-Anerkennung der Annexionen von 1940) sowie zukünftige schweizerische Bereitschaft zur verstärkten Zusammenarbeit (Politische Kultur, Ausbildung etc.) angetönt.

### 4. Zur humanitären Lage

(Eingehender Bericht wird von O. Hutter erstellt)

Weder im medizinischen noch im Nahrungsmittelbereich herrscht gegenwärtig in den drei Republiken eine Notsituation vor. Den dringenden Appellen Litauens nach medizinischer Hilfe sind in der zweiten Januarhälfte vor allem das polnische und die skandinavischen Rotkreuzgesellschaften nachgekommen.

Soeben eingetroffen war auch eine 20t-Sendung medizinischer Hilfsgüter für Litauen der U.S. Organisation Americare. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die U.S. Regierung kürzlich beschlossen hat, humanitäre Hilfsprogramme in allen drei Republiken via Privatorganisationen durchzuführen (Projekt Hope). Zu diesem Zweck bereiste kürzlich eine Delegation des amerikanischen Kongresses alle drei Republiken.

Zur allgemeinen medizinischen Versorgung lässt sich sagen, dass sie zwar knapp, jedoch - nach Ansicht unserer Gesprächspartner - dem sowjetischen Durchschnitt entspricht. Besonders beklagt wurde der Zustand der völlig veralterten medizinischen Installationen, sowie der schwierige Zugang zur modernen Technologie und Fachliteratur. Es besteht ein ganz besonderes Interesse an der Knüpfung von Kontakten zu internationalen Fachorganisationen (Bsp. WHO), der Entsendung von Vertretern



an internationalen Fachkonferenzen sowie an Ausbildungsaufenthalten von medizinischem Personal in westlichen Spitälern.

Unerwähnt von unseren Gesprächspartnern blieb demgegenüber die Nahrungsmittelversorgung, welche u.E. ausreichend sein dürfte. Vom schwedischen Generalkonsul (Leningrad) war allerdings zu erfahren, dass in Estland - mangels Futtermittel - möglicherweise in Zukunft grössere Viehbestände abgeschlachtet werden müssten.

Im Bereich Gesundheitspolitik steht in den drei Republiken gegenwärtig der Aufbau eines Sozialversicherungssystems im Vordergrund.

## 5. Zur politischen Lage

### 5.1. Allgemeines

Auffallend ruhig und normal präsentiert sich dem Besucher das Stadtbild von Vilnius, Riga und Tallin, deren historische Teile zutiefst mittel- bzw. nordeuropäisch wirken. Sieht man von den plakatbeschmückten Barrikaden - welche wohl mehr Symbolcharakter haben - um die Parlamentsgebäude ab, so erinnert wenigstens an die blutigen Ereignisse, die vor Monatsfrist insgesamt 20 Menschenleben und mehrere hunderte Verletzte forderten. Der Besucher sieht auch kaum sowjetische Militärs, höchstens am Sonntag, während des Einkaufsbummels in der Altstadt. Hört man auf der Strasse in Tallin und Riga relativ viel russisch, so dominiert in Vilnius eindeutig das Litauische. Die jeweilige ethnische Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in den drei Republiken bildet denn auch die Grundlage für die Gestaltung der Unabhängigkeitspolitik gegenüber der Zentralregierung in Moskau. Sie zwingt Lettland und Estland zu einer vorsichtig - pragmatischen Haltung, ermöglicht es Litauen dagegen, eine relativ starre Position einzunehmen.

## 5.2. Innenpolitische Front

In allen drei Aussenministerien herrschte die Ansicht vor, dass es nur dank der raschen und massiven Reaktion des Westens auf die Ereignisse in Vilnius und Riga bisher noch nicht zu einem sowjetischen Militärputsch in den drei Republiken gekommen sei. Die Gefahr, dass es dazu komme, sei aber immer noch sehr gross. AM Meri und Vize-AM Kalniete äusserten die Gewissheit, dass seitens der konservativen Kräfte Pläne zu einem sog. "sanften Crackdown" beständen, welcher zunächst in Form wirtschaftlicher bzw. finanzieller Massnahmen in Bewegung gesetzt würde. Was Präsident Gorbatschew anbetrifft, so stünde er völlig unter dem Einfluss der Konservativen. Er habe in der Nationalitätenfrage versagt, was auf seine völlige Unkenntnis dieser Problematik zurückzuführen sei. Er habe innenpolitisch auch keine Glaubwürdigkeit mehr.

Der Zentralregierung in Moskau wird jegliche Bereitschaft zu echten Verhandlungen über die Unabhängigkeitsfrage abgesprochen. So sei die von ihr jüngst angesetzte neue Verhandlungsgrunde lediglich zur Beruhigung des Westens erfolgt. Diese Gespräche, welche bilateral mit jeder der drei Republiken geführt werden, seien bisher erfolglos verlaufen, und es gehe dabei immer noch um die Festlegung einer Tagesordnung. Während die Balten über ihre Unabhängigkeit verhandeln wollen, will Moskau - laut unseren Gesprächspartnern - diese Republiken in einen zum voraus bestimmten rechtlichen Rahmen einspannen. Ziel der Republiken sei es zunächst, am Verhandlungstisch als gleichwertige Partner, d.h. als Völkerrechtssubjekte, aufzutreten. Es sei unakzeptabel, als Sowjetrepublik verhandeln zu müssen, da dies von vornherein die Anerkennung der Annexion impliziert. Aus dem gleichen Grunde wird auch die für den Austritt aus der Union von der sowjetischen Gesetzgebung vorgesehene Prozedur abgelehnt, welche übrigens als undemokratisch und austrittsfeindlich betrachtet wird.

Auf die Frage, wie aus dieser Sackgasse konkret herauszukommen sei, erhielten wir eine zweifache Antwort :

- a) "innenpolitisch" erhofften sich die drei Republiken Rückenstärkung durch den Präsidenten der RSFSR Jeltsin. Sehr wichtig sei für sie deshalb die Bedeutung der kürzlich mit der RSFSR abgeschlossenen bilateralen Verträge, welche unter sog. souveränen Staaten abgeschlossen worden seien. Es werden darin wesentliche Garantien für die russische Bevölkerung Estlands und Lettlands und für die Exklave Kaliningrad/Königsberg festgelegt.

Dieser Ansatz verdeutliche, wie eng die Entwicklung der baltischen Frage mit der politischen Zukunft Jeltsins verknüpft sei. Jeltsin hat soeben eine Frontalattacke gegen Gorbatschew lanciert und diesen zur Demission aufgefordert.

Ungeachtet des Drucks von Moskau sollen ferner am 3. März in Estland und Lettland die Volksbefragungen über die Unabhängigkeit wie geplant abgehalten werden. Gespannt ist man dabei auf das Stimmverhalten der russischen Wohnbevölkerung, welche sich vor dem Hintergrund einer heftigen Kontroverse über die Vorlage zur neuen Bürgerrechtsgesetzgebung an die Urne begeben wird.

Bezüglich des nationalen Referendums vom 17. März zur Frage der Erneuerung der Union haben die baltischen Republiken ihre Teilnahmeverweigerung angekündigt. Obwohl diese erwarten, dass sich weitere Republiken ähnlich wie sie verhalten bzw. mit Nein stimmen werden (Moldawien, Georgien, W-Ukraine, Aserbaidschan, Armenien), herrscht die Meinung vor, dass Gorbatschew das Wahlresultat in jedem Fall zu seinen Gunsten auslegen wird.

- b) "ausserpolitisch" erhofften sich die drei Republiken Rückenstärkung durch die internationale Gemeinschaft.



### 5.3. Aussenpolitische Front

Die baltische Aussenpolitik, welche auf Stufe baltischer Rat (teilweise ?) koordiniert wird, strebt die Internationalisierung der baltischen Frage an (KSZE, Europarat, UNO). Dies mit Blick auf Druckausübung auf Moskau einerseits und Lösung der baltischen Frage im Rahmen einer internationalen Konferenz andererseits. Wichtigstes Mittel zur Ausführung dieser Politik seien die jüngst im westlichen Ausland errichteten sog. Informationsbüros, welche je nach Entwicklung der Lage und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Sitzland schrittweise offizialisiert werden können. Gegenwärtig bestehen (Bestätigung dieser Information durch unsere Botschaften wäre nützlich)

- ein baltisches Informationsbüro in Kopenhagen
- ein litauisches Informationsbüro in Brüssel
- ein litauisches Informationsbüro in London
- ein litauisches Informationsbüro in Warschau
- ein litauisches Informationsbüro in Oslo
- ein estnisches Informationsbüro in Helsinki
- ein estnisches Informationsbüro in Stockholm
- ein lettisches Informationsbüro in Stockholm

Zur vertraulichen Kenntnissnahme wurde uns auch die geplante Eröffnung folgender Informationsbüros mitgeteilt:

- litauisches Infobüro in Stockholm und schwedisches in Vilnius
- litauisches Infobüro in Prag
- estnisches Infobüro in Bonn, und im Gegenzug kulturelle BRD-Vertretung in Tallin

Angesichts des akuten Devisenmangels der Republiken finanzieren die Sitzstaaten die Betriebskosten der Informationsbüros. Mit Rücksicht auf seine Beziehungen zur UdSSR lässt Bonn das estnische Informationsbüro von politischen Stiftungen finanzieren (Konrad Adenauer- und Friedrich Naumann-Stiftung). Trotz bereits erfolgtem Protest Moskaus gedenken die Republiken, ihr Informationsbüro-Netz weiterhin auszudehnen.

Vertraulich zu erwähnen ist an dieser Stelle auch, dass Lettland nach dem 17. März Direktverhandlungen mit der polnischen Regierung über die Eröffnung eines polnischen Konsulats in Riga aufzunehmen beabsichtigt.

Als deutlicher Erfolg wertete Aussenminister Meri das - inzwischen von Moskau verurteilte - Resultat der estnisch-isländischen Verhandlungen in Rejkjavik, wonach sich die isländische Regierung als Vermittler zwischen den baltischen Republiken und der Zentralregierung in Moskau anboten hat.

#### 5.3.1. Verhältnis zu Schweden

Schweden betreibt gegenwärtig in den drei baltischen Republiken eine aktive Kooperationspolitik, welche nicht zuletzt auch auf die Wiedergutmachung der seinerzeitigen Anerkennung der baltischen Annexionen abzielt. Das schwedische Generalkonsulat in Leningrad eröffnete 1989 eine Zweigstelle in Tallin und 1990 in Riga. In Vilnius ist seit 2 Monaten ein Diplomat in einem Hotelzimmer "stationiert", welcher mit politischer Berichterstattung und der Betreuung der zahlreichen schwedischen Delegationen sowie der Eröffnung des schwedischen Informationsbüros in Vilnius betraut ist. Ein Informationsbüro wurde deshalb gewählt, weil Litauen Schweden offenbar die Einrichtung einer konsularischen Zweigstelle verweigerte: Seit seiner Unabhängigkeitserklärung vom 1. Mai 1990 betrachtet sich Litauen offiziell nicht mehr als Bestandteil der UdSSR.

Via der rechtlich von der Regierung unabhängigen Swedish Agency for Technical and Economic Cooperation finanziert erstere vorwiegend Austauschprogramme im Ausbildungs- (Lokalverwaltung, Steuerverwaltung, Umwelt, etc.) und kulturellen Bereich. Zur Verfügung stehen gegenwärtig ca. 100 Mio. skr. für 3 Jahre. Die Projekte werden jeweils direkt mit den baltischen Behörden vorbereitet und durchgeführt.

Während die politischen Kontakte zwischen den beiden Seiten vor allem von Parlamentariern gepflegt werden, bereiste kürzlich auch



der schwedische Staatssekretär Schori die drei baltischen Republiken.

### 5.3.2. Bilaterales Verhältnis mit der Schweiz

(Liste Besuchsaustausch siehe Anhang)

Unsere Delegation wurde in allen Republiken mit viel Wärme und Interesse empfangen. Die Ankündigung schweizerischer Bereitschaft zur verstärkten Zusammenarbeit stiess bei unseren Gesprächspartnern auf ein sehr positives Echo. Nebst Wunsch nach weiterer politischer und moralischer Unterstützung wurden vorläufig folgende Anliegen geäussert:

- Litauen:
  - Ausbildungsmöglichkeit für medizinisches Pflegepersonal
  - Eröffnung eines Informationsbüros in der Schweiz (Anfrage erfolgte via Genf)
- Lettland:
  - Studentenaustausch (Wirtschaftswissenschaften, Technische Wissenschaften)
  - Zusammenarbeit im Umweltbereich (Wassereinigung)
  - Politische Kultur (Lokalverwaltung)
  - Eröffnung eines Informationsbüros in der Schweiz
- Estland:
  - Finanzierung einer Telefonsatellitenantenne für das Aussenministerium
  - Regelmässige Belieferung mit Publikationen über schweizerische Aussenpolitik / Aktivitäten des EDA
  - NZZ-Abonnement
  - Teilnahme estnischer "Diplomaten" am Sipolex Kurs IUHEI (Briefkontakt AM Meri mit F. Tanner besteht bereits)

Daneben wurde auch in allen Aussenministerien die Bitte geäussert, die Schweiz möge sich für die Anerkennung der baltischen Rotkreuz Gesellschaften einsetzen.

Bei keiner Gelegenheit wurde seitens unserer Gesprächspartner der Wunsch nach Anerkennung der baltischen Republiken als unabhängige Staaten durch die Schweiz geäußert.

### 5.3.3 Weitere diplomatische Präsenz in den baltischen Republiken

Finnland errichtete schon vor einiger Zeit eine konsularische Zweigstelle in Tallin. Aus zeitlichen Gründen konnte jedoch während dieser Mission kein Kontakt hergestellt werden.

Das U.S. Generalkonsulat Leningrad entsendet während der Woche regelmässig in allen drei Republiken Konsulatsmitglieder, welche mit politischer Berichterstattung und Betreuung allfälliger U.S. Delegationen beauftragt sind.

## 6. Abschliessende Bemerkungen

- Rückblickend ist festzustellen, dass sich die baltische Strategie der innen- und aussenpolitischen Druckausübung auf Moskau bisher bewährt hat. Schenkt man dem uns zwischen der baltischen Frage und der Position Yeltsins dargestellten Zusammenhang Glauben, so dürften die Balten, nach dem jüngsten Angriff Yeltsins auf Gorbatschew, vor allem auf Zeitgewinn setzen. Für Gorbatschew dürfte nämlich jetzt Yeltsin ein viel dringenderes Problem sein als das Baltikum.
- Die aussenpolitischen Absichten der einzelnen Republiken lassen erkennen, dass kurz- bis mittelfristig die Ausdehnung des Info-Büro-Netzes forciert werden soll. Das estländische und lettländische Vorgehen, welches naturgemäss vorsichtiger ist als das litauische, wird dabei zweifelsohne vom Resultat der Referenda vom 3. März wesentlich bestimmt werden. Wie unsere Gesprächspartner befürchten, könnte Moskau versucht sein, in Zukunft die Situation im Baltikum stärker zu kontrollieren. Ein rasches Vorgehen unsererseits bei der allfälligen Einrichtung von Informationsbüros scheint deshalb angebracht, in der Meinung, dass dies später schwieriger als heute werden könnte. Informationsbüros, oder noch besser, Konsulate, werden von den baltischen Staaten gewünscht. Sie

haben jedoch sehr starke Vorbehalte gegenüber Zweigstellen von Konsulaten von ausserhalb des Baltikums, da dies die Zugehörigkeit zum sowjetischen Territorium implizieren würde.

- Vorläufig bleibt auch die Frage offen, über welche Kanäle unsere Kontakte zu den baltischen Republiken weitergepflegt werden sollen. Es bleibt der Eindruck, dass die baltischen Vertretungen in Moskau nicht das volle Vertrauen der von uns besuchten Ministerien geniessen. Sollten deshalb in Zukunft z.B. die baltischen Info-Büros in Skandinavien benützt werden? Eine allzu intensive Benützung dieses Kanals würde allerdings das Fehlen solcher Büros in der Schweiz zusätzlich unterstreichen.
  
- Da die baltische Frage zusehends an Bedeutung gewinnt, erscheint ein rasches schweizerisches Handeln auf dem Gebiet der humanitären Hilfe und der verstärkten Zusammenarbeit angebracht. Die westliche Staatengemeinschaft dürfte da nicht allzu lange untätig bleiben (Bsp. USA, BRD, ..., neben den bereits sehr aktiven Schweden). Ausbildungsaufenthalte in der Schweiz baltischer Bürger in den verschiedensten Bereichen (Spitalbetreuung, Völkerrecht, Lokalverwaltung, etc ...) sowie die Förderung kultureller Kontakte dürften zur Zeit am meisten begehrt sein.



P. Pardo / Politische Abteilung I



AnhangKontakte zwischen dem EDA und Vertretern  
der baltischen Republiken

Anlässlich deren Aufenthaltes in der Schweiz, wurden bisher Gespräche in Bern geführt mit :

- V. Landsbergis, Präsident des Obersten litauischen Rates (Parlament) August 1990
- K. Prunskiene, damals litauische Premierministerin November 1990
- A. Brazauskas, damals stv. litauischer Premierminister Mai 1990
- J. Olekas, litauischer Gesundheitsminister Juni 1990
- A. Degutis, Abgeordneter des litauischen Parlaments März 1990
- P. Paletzkis, Abgeordneter des litauischen Parlaments Mai 1990
- M. Vulfsons, Abgeordneter des lettischen Parlaments Mai 1990
- L. Meri, estnischer Aussenminister Januar 1991
- T. Made, Abgeordneter des estnischen Parlaments Mai 1990

und in den baltischen Republiken mit :

- K. Prunskiene, damals litauische Premierministerin
- R. Grizas, litauischer Vizeausserminister (offizielle Mission von Minister Speck, schweizerische Botschaft Moskau, im November 1990)

und

- L. Meri, estnischer Aussenminister
- S. Kalniete, lettische Vizeausserministerin
- J. Olekas, litauischer Gesundheitsminister (offizielle EDA-Mission (Hutter/Pardo), im Januar 1991)

Lettone  
Lituanie } gele.  
Estonie

## EDA/POLITISCHE ABTEILUNG I

p.B.15.11.Balt. - PR/BAC

p.B.73.R0(2).

Bern, 7. März 1991

- Geht an :
- Departementschef
  - JAC
  - Generalsekretariat
  - Politisches Sekretariat
  - Politische Abteilung III
  - Direktion für internationale Organisationen
  - Direktion für Völkerrecht
  - Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
  - Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst
  - Schweizerische Botschaften in den KSZE-Staaten
  - BAWI : - Botschafter S. Arioli
  - Osteuropadienst

an	ORC		AVI				ala
Datum	11/3						
Visa	W						
1 1. MRZ. 1991							
Ref.	E 3 75.77						

EDA-Abklärungsmission in den baltischen Republiken (17.-24.2.91)

In der Beilage erhalten Sie einen Bericht unseres Mitarbeiters Herrn P. Pardo, über die vom 17.-24.2.1991 stattgefundene EDA-Abklärungsmission in den baltischen Republiken.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir unsere Botschaften um Bestätigung bzw. Ergänzung der ihr Residenzland betreffenden Information gemäss Pkt. 5.3. (Info-Büros) bitten.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen

POLITISCHE ABTEILUNG I



Jenö C.A. Staehelin

Kopie : RAE, SIN, WOK, ORC, HU, PR